



Wetteraukreis

Niederschrift

Friedberg, 14.11.2007

Gremium	Ausschuss für Soziales
Sitzungsnummer	IX. WP/9. Sitzung -
Datum	Dienstag, den 13.11.2007
Sitzungsbeginn	14:06 Uhr
Sitzungsende	15:51 Uhr
Ort	Sitzungsraum 201, Friedberg öffentlich

Anwesenheit

Vorsitzende

Rosemarie Cleve, Bad Vilbel

Mitglieder

Barbara Büttner, Karben

Sabine Ergün, Friedberg

Werner Fromm, Friedberg

Wilma Gatzka, Altenstadt

In Vertretung von Rene Kirch

Peter Heidt, Friedberg

Regina Karehnke, Rosbach

Ekkehard Kehm, Ortenberg

In Vertretung von Irmtraud Köhler

Justin Küblbeck, Rockenberg

Cäcilia Reichert-Dietzel, Ranstadt

Waltraud Schönfeld, Nidda

Herbert Wellenberg, Friedberg

In Vertretung von Sabine Ergün

Kreisausschuss

Helmut Betschel-Pflügel, Friedberg

Rosa Maria Bey, Friedberg

Ottmar Lich, Rabenau

Astrid Triesch, Büdingen

Edda Weber, Florstadt

Schriftführerin

Petra Schnelzer

Vertreter weiterer Fraktionen

Klaus Fischer
Volker Sachs

Von der Verwaltung

Margot Bernd, Fachbereich Jugend und Soziales
Wolfgang Dittrich, Fachdienst Migration
Andreas Grau, JobKOMM
Jörg Krämer, Flüchtlingshilfe Wetterau gGmbH
Yvonne Messinger, Fachdienst Jugendhilfe
Bernhard Wiedemann, JobKOMM

Ausschussvorsitzende Rosemarie Cleve begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Sie stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 1

Mitteilungen

hier: Reorganisation des Fachbereichs Jugend und Soziales

Die Leiterin des Fachbereichs Jugend und Soziales, Margot Bernd, erläutert kurz das neue Organigramm des Fachbereichs. Es werden keine weiteren Fragen dazu gestellt.

Zur nächsten Sitzung des Sozialausschusses wird folgendes vereinbart: Wegen terminlicher Schwierigkeiten wird die im Sitzungsplan für Dienstag, 4.12.2007 terminierte Sitzung auf Donnerstag, 13.12.2007, 16.00 Uhr verlegt. Aufgrund wichtiger Anschlusstermine wird eine Sitzungsdauer von einer Stunde vereinbart.

TOP 2

Anfragen an den Fachdezernenten

Die Abg. Sabine Ergün (Bündnis 90/Die Grünen) erkundigt sich nach den aktuellen Zahlen zum Ausbau der Kinderbetreuung. Die Leiterin des Fachbereichs Jugend und Soziales, Margot Bernd, teilt mit, die Ergebnisse der Bestandserhebung 2006 seien bereits im Fachausschuss Kindertagesstätten vorgestellt worden, in der Jugend- und Sozialhilfekommission werde dies am 27. November der Fall sein.

Auf weitere Nachfrage der Abg. Sabine Ergün (Bündnis 90/Die Grünen) bezüglich des Psychosozialen Ausschusses sichert Kreisbeigeordneter Ottmar Lich Wahl und Konstituierung des Gremiums zu.

Bezüglich einer Nachfrage der Abg. Sabine Ergün (Bündnis 90/Die Grünen) zum JobKOMM-Beirat teilt Kreisbeigeordneter Ottmar Lich mit, dass derzeit bereits von Seiten der Stabsstelle Beteiligungssteuerung eine Vorlage erstellt werde, die Anfang des nächsten Jahres in den Kreistag eingebracht werden könne. Er fügt hinzu, dass überdies die Bildung eines Aufsichtsrats beabsichtigt sei.

TOP 3

(Drucksachen-Nr. 2007-3183)

Erhalt der psychologischen Beratungsstelle des Diakonischen Werkes

Antrag der SPD-Fraktion vom 20.09.2007

Verweisung aus dem Kreistag vom 24.10.2007

Die Leiterin des Fachbereichs Jugend und Soziales, Margot Bernd, erläutert kurz das Angebot der Beratungsstelle des Diakonischen Werkes. Der Dissens in den Verhandlungen des Wetteraukreises mit der Evangelischen Kirche bestehe in deren Auflagen bezüglich Personalausstattung und Qualifizierung. Von Seiten der Kirche werde ein Kreiszuschuss in Höhe von 130.000 Euro (für zwei 2 Personalstellen) erwartet, dem die Kirche dann einen eigenen in Höhe von 100.000 Euro gegenüberstellen wolle. Die Verhandlungen bezüglich dieses eklatanten Missverhältnisses bei den unterschiedlichen Gehaltsvorstellungen seien ins Stocken geraten. Ungeachtet dessen sichere die Evangelische Kirche für das kommende Jahr aber die Erhaltung des bisherigen Angebotsstandes zu, die Erarbeitung einer Lösung sei jedoch dringend erforderlich. Kreisbeigeordneter Ottmar Lich äußert seine Bereitschaft zu einem Konsens mit der Evangelischen Kirche, die allerdings aufgefordert sei, Konzepte vorzulegen.

An der Diskussion beteiligen sich die Abgn. Peter Heidt (FDP), Regina Karehnke (CDU) Cäcilia Reichert-Dietzel (SPD) und Waltraud Schönfeld (SPD).

Die FDP-Fraktion moniert die überzogenen Gehaltsvorstellungen für die kirchlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und äußert die Überlegung, das Beratungsangebot von eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Wetteraukreises zu übernehmen, da dies kostengünstiger sei, sollte die Evangelische Kirche nicht zu einem Konsens bereit sein.

Dem schließt sich die CDU-Fraktion an.

Die SPD-Fraktion bemängelt die ihrer Meinung nach wenig konkrete Aussage des Kreisbeigeordneten. Sie verlangt nach zeitlich konkreten Lösungsansätzen für den Fall, dass der Dissens weiter bestehen solle. Kreisbeigeordneter Ottmar Lich sichert daraufhin einen Zwischenbericht zu den Verhandlungen für die Sitzung am 8. April 2008 zu.

TOP 4

(Drucksachen-Nr. 2007-3184)

Budgetberatung

Antrag der SPD-Fraktion vom 20.09.2007

Verweisung aus dem Kreistag vom 24.10.2007

Kreisbeigeordneter Ottmar Lich führt aus, die Budgetberatung stelle eine neue Leistung im Beratungsangebot dar, eine zumindest begrenzte Ausschreibung sei deshalb vonnöten. Dies gebiete auch die Fairness gegenüber den anderen Trägern.

An der Diskussion beteiligen sich die Abgn. Sabine Ergün (Bündnis 90/Die Grünen), Klaus Fischer (Linke), Peter Heidt (FDP), Cäcilia Reichert-Dietzel (SPD) und Waltraud Schönfeld (SPD).

Die SPD-Fraktion äußert sich gegen eine Ausschreibung und begründet dies mit dem Pilotcharakter des Beratungskonzeptes der AWO und dessen Sonderstellung, da kein anderer Träger eine ähnliche präventive Maßnahme anbiete.

Die FDP-Fraktion stimmt einer Ausschreibung zu, über deren Ergebnis im Sozialausschuss berichtet werden solle.

Am Ende der Diskussion herrscht Einvernehmen zu einer begrenzten Ausschreibung. Das Ergebnis wird in der Januarsitzung referiert.

TOP 5

(Drucksachen-Nr. 2007-3187)

Neukonzeptionierung Flüchtlingshilfe

Antrag der SPD-Fraktion vom 02.10.2007

Verweisung aus dem Kreistag vom 24.10.2007

Der Geschäftsführer der Flüchtlingshilfe gGmbH Wetterau, Jörg Krämer, stellt kurz deren Geschichte seit ihrer Gründung im Jahr 1992 dar. Stand am Beginn der Arbeit ein hoher Bedarf angesichts vieler Asylbewerber, veränderte sich der Schwerpunkt vor rund fünf Jahren hin zur zahlenmäßig geringer werdenden Eingliederung von Spätaussiedlern. Das Angebot der Flüchtlingshilfe habe sich aufgrund der genannten Umstände reduziert, die Gesellschaft habe es aber verstanden, sozial verträglich und wirtschaftlich zu reagieren und sei im Stande, ein Angebot je nach Bedarf zu erweitern oder zu reduzieren.

Die Arbeit der Flüchtlingshilfe sei dreigeteilt: Asylbewerber, Spätaussiedler und von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen. Es gelte, zu klären, wie eine Grundversorgung in den genannten Bereichen gestaltet sein solle, und wie die Grundlage für eine weitere Verkleinerung der Gesellschaft gelegt werden könne. Bislang werde die Finanzierung über eine Zuwendung und die Tagessatzvergütung sicher gestellt, er schlage eine direkte Übertragung in eine Festbetragsfinanzierung, bei gleichzeitiger Halbierung des Betrages in einem definierten Zeitfenster als Zielvereinbarung vor. Dies bilde eine sichere Grundlage für die weitere Arbeit, vor allem im Hinblick auf die Verkleinerung der Gesellschaft.

An der Diskussion beteiligen sich die Abgn. Sabine Ergün (Bündnis 90/Die Grünen), Cäcilia Reichert-Dietzel (SPD), Waltraud Schönfeld (SPD).

Kreisbeigeordneter Ottmar Lich schlägt vor keinen Beschluss zu fassen, sondern den Tagesordnungspunkt zunächst im Ausschuss zu belassen und in die Beratungen zum nächsten Haushalt aufzunehmen.

Gegen diese Vorgehensweise erhebt die SPD-Fraktion Widerspruch: Aus dem Antragstext und dem Beschluss des Kreistages gehe der Auftrag zu einer Beschlussfassung des Sozialausschusses hervor. Nach einer kurzen Diskussion entschließt sich die SPD-Fraktion, dem Verbleib im Ausschuss zuzustimmen, mit der Begründung, dem Antrag nicht schaden zu wollen. Kreisbeigeordneter Ottmar Lich sichert als Zeithorizont für die Flüchtlingshilfe das erste Halbjahr 2008 zu.

TOP 6

(Drucksachen-Nr. 2007-3207)

Kein Kind darf hungern

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.10.2007

Verweisung aus dem Kreistag vom 24.10.2007

Kreisbeigeordneter Ottmar Lich berichtet aus der Arbeit des Hessischen Landkreistagtages, der sich ebenfalls mit dieser Thematik befasse und in der dortigen Sozialausschusssitzung Ende November dazu berate.

An der Diskussion beteiligen sich die Abgn. Sabine Ergün (Bündnis 90/Die Grünen), Peter Heidt (FDP), Klaus Fischer (Linke), Regina Karehnke (CDU), Cäcilia Reichert-Dietzel (SPD) und Waltraud Schönfeld (SPD).

Die FDP-Fraktion betont den positiven Aspekt des Antrags und regt an, ihn als Prüfauftrag an den Kreisausschuss weiterzuleiten.

Die SPD-Fraktion schließt sich dem an. Der Prüfauftrag solle zudem den Status quo darstellen, die Finanzierbarkeit klären und der Frage nachgehen, welche Kinder besonders betroffen seien und welche Angebote es gebe.

Die Fraktion Linke regt an, auch die aktuell aufgelegten Angebote umliegender Gebietskörperschaften wie der Stadt Hanau und dem Main-Kinzig-Kreis zu berücksichtigen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragt nach Zahlen zu den betroffenen Kindern. Kreisbeigeordneter Ottmar Lich sichert zu, dass diese dem Protokoll beigelegt werden.

Im Verlauf der Diskussion wird angeregt, den Blickwinkel des Prüfauftrages auf den Bereich SGB II, SGB XII und Asylbewerber/innen zu legen. Dazu herrscht Einvernehmen.

Es entspinnt sich eine kurze Diskussion darüber, ob der komplette Änderungsantrag oder nur Punkt 4 seitens des Kreistages in den Sozialausschuss verwiesen wurde. Es wird festgestellt, nur Punkt vier sei verwiesen.

Sodann beschließt der Ausschuss für Soziales einstimmig einen Prüfauftrag an den Kreisausschuss auf der Grundlage von Punkt 4 des vom Kreistag überwiesenen Antrages:

Ferner wird der Kreisausschuss aufgefordert, sich bei der Hessischen Landesregierung dafür einzusetzen, das die Bundesratsinitiative des Saarlandes „Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch“ (Drucksache 33/07) vom 16.01.2007, mit der der durch die Kosten für das Mittagessen in Ganztagschulen für die Eltern entstehende Mehrbedarf anerkannt werden soll, zu unterstützen.

TOP 7

(Drucksachen-Nr. 2007-3025)

**Antrag auf Erstellung einer Richtlinie für Verdachtsfälle auf Gefährdung des Kinderwohls
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.03.2007 und Kreistagsbeschluss vom 18.04.2007**

Hier: Sachstandsbericht

Die Leiterin des Fachdienstes Jugendhilfe, Yvonne Messinger, berichtet zum aktuellen Sachstand. Die Richtlinie befindet sich aktuell in der Schlussabstimmung mit Fachbereichsleitung und Dezernent. Die Information der Gremien erfolgt zeitnah.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Mit Dank an die Anwesenden schließt Ausschussvorsitzende Rosemarie Cleve um 15:51 Uhr die Sitzung.

Petra Schnelzer
Schriftführerin

Gez. Rosemarie Cleve
Ausschussvorsitzende